



HESSISCHER LANDTAG

11. 10. 2005

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP

betreffend zukunftsfähige Politik zum Wohle des Landes Hessen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode die Chancen des Landes Hessen zu nutzen, um die Voraussetzungen für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und eine strukturelle Haushaltskonsolidierung einzuleiten.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, dabei die konzeptionellen Grundlagen für die folgenden Politikfelder zu erarbeiten:

1. Strukturelle Haushaltskonsolidierung

Eine strukturelle Gesundung der Landesfinanzen kann nur mit einer eingehenden und umfassenden Aufgabenkritik mit Ziel einer Reform der Hessenverwaltung hin zu einer effizienten und effektiven Behördenstruktur gelingen. Dabei ist ohne Ausnahme der Einsatz von privaten Dritten, dort wo keine hoheitlichen Aufgaben betroffen sind, zu prüfen.

Ferner müssen sämtliche Ausgaben auf den Prüfstand. Für eine nachhaltige Haushaltspolitik müssen die für ein Haushaltsjahr geplanten Ausgaben endlich wieder an die erwarteten Einnahmen angepasst werden. Alle Finanzhilfen sind regelmäßig zeitlich zu begrenzen und degressiv auszugestalten.

Darüber hinaus muss die Landesregierung über die Veräußerung von einzelnen Immobilien hinaus, dort wo es ökonomisch sinnvoll ist, ein Konzept für die Veräußerung von Landesbeteiligungen erarbeiten, die zur Erfüllung der Landsaufgaben nicht notwendig sind. Dies gilt insbesondere für die Beteiligung des Landes Hessen an der Nassauischen Heimstätte, der Frankfurt Messe GmbH und mittelfristig natürlich auch der Fraport AG.

2. Bildungsstandort Hessen

Ziel der hessischen Bildungspolitik muss die Qualitätssteigerung an hessischen Schulen durch die zügige Einführung von mehr Selbstständigkeit der Schulen im Hinblick auf die Schulorganisation, die Personalauswahl und die Unterrichtsgestaltung sein. Darüber hinaus muss zur Verbesserung der Startbedingungen für alle Kinder und zur Verstärkung der vorschulischen Bildung die Einführung der Kinderschule für alle Fünfjährigen schnellstens umgesetzt werden. Für alle hessischen Schülerinnen und Schüler müssen gleiche Startchancen bestehen. Schwächere und Hochbegabte müssen gleichermaßen gezielt gefördert werden. Ferner ist ein Personalentwicklungskonzept für befristet angestellte Lehrkräfte zu erarbeiten und die Flexibilisierung der Lehrerzuweisung umzusetzen.

Im Bereich der Hochschulen ist wieder zur Autonomie der hessischen Hochschulen auf der Basis eines soliden Hochschulpaktes, der den Hochschulen über eine leistungsorientierte und transparente Mittelverwendung in einen fairen Wettbewerb stellt, zurückzukehren.

Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ist genauso zu verstärken wie die Förderung der Forschungseinrichtungen. Hier ist insbesondere der Schaffung von Netzwerken zwischen den hessischen Hochschulen und den außeruniversitären Einrichtungen in Hessen besonderes Augenmerk zu schenken.

3. Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung

Oberstes Ziel für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung in Hessen ist die Herstellung von Rahmenbedingungen für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Untrennbar mit einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung verbunden ist der Ausbau des Frankfurter Flughafens. Die Ausbauplanung und deren Umsetzung dürfen weder durch fehlendes Fingerspitzengefühl noch durch "handwerklichen" Dilettantismus im Rahmen der Genehmigungsverfahren behindert werden.

Zur erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes Hessen gehört auch die Erstellung eines Konzeptes zum Standortmarketing, dieses ist bisher nicht erkennbar. Ferner müssen für eine erfolgreiche Ansiedlung und Neugründung von Unternehmen in Hessen verstärkt überflüssige Rechtsvorschriften abgebaut und die Beratung in Gründungs- und Finanzierungsfragen ausgebaut werden. Das gibt für Neugründungen gleichermaßen wie für bestehende kleine und mittlere Unternehmen.

Damit Hessen auch weiterhin eine gute Adresse für Technologieunternehmen, wie z.B. die IT-, Nano- und Biotechnologie, bleibt, ist der Wissenstransfer zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Wirtschaft (kleine und mittlere Unternehmen) zu stärken und auszubauen. Insbesondere die Anwendung von wissenschaftlichen Ergebnissen in der Praxis bieten in diesen Zukunftstechnologien die besten Entwicklungschancen für Hessen.

4. Zukunftsfähige Sozialpolitik

Moderne Gesellschafts- und Sozialpolitik muss alles unternehmen, um die hessischen Bürgerinnen und Bürger in ihrem Bestreben zu unterstützen, ein selbst bestimmtes und eigenverantwortliches Leben zu führen. Die Schwerpunkte dieser Politik sind dabei klar auf die Bereiche Kinder, Jugend und Familie zu legen, da dies die Bereiche sind, in denen die Zukunft unseres Landes elementar bestimmt wird. Neben der Verbesserung des Übergangs von Schule in den Beruf gehört auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wie die Unterstützung in schwierigen Lebenslagen (beispielsweise Arbeitslosigkeit und Krankheit) zu einer modernen Sozialpolitik. Ein besonderes Augenmerk muss auf der Unterstützung im Kindergartenalter bestehen. Neben dem qualitativen Ausbau der Bildungsangebote im Elementarbereich muss es unser Ziel sein, Eltern mittelfristig von Beiträgen zur Kinderbetreuung zu entlasten. Des Weiteren muss der Prozess der Kommunalisierung sozialer Hilfen konsequent weitergeführt werden, da nur so eine passgenaue Hilfe vor Ort angeboten werden kann. Dabei ist es wichtig, dass das Land weiter seine Verantwortung wahrnimmt und diese nicht vollständig den Kommunen überträgt. Sämtliche Leistungen, gerade im Bereich der Kommunalisierung, müssen sich auch einer Evaluation unterziehen. Dabei ist Evaluation kein moderner Begriff für ein überkommenes Berichtswesen, sondern die zielgerichtete und wissenschaftliche Überprüfung der Wirksamkeit von Maßnahmen. Hier gilt es, eine einheitliche Konzeption zu entwickeln, die es allen Trägern solcher Maßnahmen ermöglicht, ihre Wirksamkeit darzulegen.

5. Mobilität ausbauen

Die Mobilität in Hessen ist durch ein intermodulares Verkehrssystem auszubauen. Dazu gehört, dass die Infrastruktur auf Straßen, Schiene, Wasserwegen und in der Luft aufeinander systemübergreifend abzustimmen ist. Dabei ist die Überführung des ÖPNV in den Wettbewerb voranzutreiben, darf aber nicht zulasten des Mittelstandes erfolgen. Ein wichtiger Beitrag der Landespolitik besteht in der Schaffung von Infrastruktur, dies heißt eine weitere Aufstockung der Finanzmittel für den Straßenbau.

6. Demographischen Wandel beachten

Schrumpfung und Alterung der hessischen Bevölkerung verlangen Konsequenzen in nahezu allen Bereichen der Landespolitik. Insbesondere in Nordhessen müssen die Rahmenbedingungen für Arbeitsplätze und Ausbildungsstellen verbessert werden, um die weitere Abwanderung zu stoppen.

Bei der Landes- und Regionalplanung muss die Landesregierung den demographischen Wandel - im Hinblick auf die Versorgung mit Dienstleistungen, Versicherungsangeboten, Bauplanung, Ver- und Entsorgung sowie zur Stärkung der Stadt- und Dorfkerne gegen eine weitere Zersiedelung - berücksichtigen.

Begründung:

Die gemeinsam mit den Liberalen begonnenen Projekte machen immer noch den größten Teil dessen aus, was die Landesregierung in der ersten Halbzeit der Legislaturperiode an Erfolgen verbuchen konnte. Sich hierauf auszurufen, reicht jedoch nicht, um die weitere Zukunft des Landes Hessen erfolgreich zu gestalten. In den Machtkämpfen der mit absoluter Mehrheit versehenen Landesregierung ist die Politik in Hessen erstarrt. Es fehlen frische Ideen und Mut zu Innovationen. Stattdessen hat sich Mehltau über das Land gelegt. Dies hat vor allem ein Ergebnis: Riesige Schuldenberge, mit denen das Geld der nachkommenden Generationen bereits heute ausgegeben wird. Das ist in hohem Maße unsozial und unverantwortlich.

Ziel muss es daher sein, insbesondere durch Konsolidierung des Haushalts, eine nachhaltige Wirtschaftspolitik, eine zukunftsfähige Bildungspolitik sowie eine ausgewogene Sozialpolitik und durch den Ausbau der Mobilität Hessen wieder auf die Überholspur zu bringen

Wiesbaden, 11. Oktober 2005

Der Fraktionsvorsitzende:
Hahn